



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 77 2010/2012

von David Roth und Nina Laky

namens der SP/JUSO-Fraktion

vom 14. Juni 2010

(StB 946 vom 27. Oktober 2010)

**Wurde anlässlich der
14. Ratssitzung vom
16. Dezember 2010
abgelehnt**

Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die Juso fordert gemäss einer Medienmitteilung vom 13. Juni 2010 schweizweit die Gemeinden auf, bis auf weiteres alle geschäftlichen Beziehungen mit den Grossbanken UBS und Credit Suisse einzustellen. Diese sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Grossbanken zu einer bedingungslosen Weissgeldstrategie im In- und Ausland bekennen und ihre Lohnpolitik wieder in einem vernünftigen Rahmen halten.

Der Stadtrat unterstützt die beiden Anliegen der Postulanten, einerseits eine Weissgeldstrategie, das heisst die Übernahme des OECD-Standards 26 in die Doppelbesteuerungsabkommen und die Leistung von Amtshilfe bei begründetem Verdacht auch bei Steuerhinterziehung sowie eine Lohnpolitik in einem vernünftigen Rahmen durch die Grossbanken. Exzessive Managerlöhne können dem gesellschaftlichen Grundkonsens und dem Zusammenhalt schaden, wenn die Lohnschere sich öffnet und eine zu grosse Ungleichheit entsteht.

Beide Themen sind in der eidgenössischen Politik traktandiert, einerseits mit den Vorschlägen der FDP für eine Finanzplatzstrategie Schweiz und andererseits durch die sogenannte Abzockerinitiative von Thomas Minder, den Gegenvorschlag der SP zur Abzockerinitiative sowie die 1:12-Volksinitiative der Juso, welche ein Lohnband fordert.

Für diese Themen sind in den nächsten Jahren auf eidgenössischer Ebene Lösungen zu finden ebenso wie für die „Too-big-to-fail“-Problematik. Weder Bund noch die Nationalbank sollten wieder vor dem Dilemma stehen müssen, entweder die volkswirtschaftlichen Folgen eines Konkurses einer Grossbank hinzunehmen oder die erheblichen Risiken von Stabilisierungsmassnahmen zu tragen.

Auf Gemeindeebene kann dazu kein Beitrag geleistet werden. Die Postulanten schlagen einen Boykott der Grossbanken durch die Stadt Luzern vor. Der Stadtrat lehnt eine solche Massnahme aus folgenden Gründen ab:

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: sk.grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

- Gemeinden und Kantone sind in ihrem Handeln nicht frei. Sie haben alle Anbietenden gleich zu behandeln. Nur die in der Submissionsgesetzgebung gesetzlich umschriebenen Kriterien können legitime Gründe für eine Benachteiligung am Markt sein.
- Es ist nicht sicher, ob alternative Angebote auf dem Markt dem Kriterium der Lohngerechtigkeit und der Steuerfairness besser gerecht werden.
- Der Bund hat mit einem Massnahmenpaket gegen die Auswirkungen der Finanzkrise das Bankensystem Schweiz konsolidiert und die UBS gerettet. Die unteren staatlichen Ebenen sollten den Bund in seinen Bemühungen unterstützen und mithelfen, das Vertrauen in den Bankenplatz Schweiz wiederherzustellen. Ein Boykott der Grossbanken durch Gemeinden kann dazu nichts beitragen.
- Die Grossbanken sind wichtige Marktteilnehmer und haben eine grosse Bedeutung für unser Land. Beim grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft für Private liegt die Schweiz mit einem weltweiten Anteil von 27 % deutlich an der Spitze (Quelle: Schweizerische Bankiervereinigung, „Wealth Management in Switzerland“, 01/2009). Die Banken haben viel für die Entwicklung und das Wohlergehen unseres Landes beigetragen. Rund 190'000 Menschen oder gut 6 % aller Erwerbstätigen in der Schweiz arbeiten im Finanzsektor. Die Finanzindustrie erarbeitet 12 % der inländischen Wertschöpfung, das heisst 53 Mrd. Schweizer Franken pro Jahr (Quelle: Vortrag von Philipp M. Hildebrand, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft vom 17. Mai 2010). Bis vor der Finanzkrise haben die beiden Grossbanken gesamtschweizerisch Milliarden, in Luzern jährlich je mehrere Millionen Franken Steuern abgeliefert. Der Stadtrat wünscht sich diese Steuererträge in absehbarer Zeit wieder zurück.
- Der Stadtrat kann sich vorstellen, dass mit einer Weissgeldstrategie dem Finanzplatz langfristig am besten gedient ist. Die Vermögensverwaltung der Schweizer Banken trug konstant zu guten volkswirtschaftlichen Ergebnissen bei. Um diese Erfolgsgeschichte weiter schreiben zu können, braucht es auch regulatorische Schritte, die Rechtssicherheit und Vertrauen wiederherstellen.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern

